

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachbestellungen: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 18. bis 31. Januar 1928 bei 10gl. wöchentlichem Abonnement 1,50 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die empfindliche 30 mm breite Zeile zu 100 Wg. für 24 Stunden 40 Wg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg. außerhalb 25 Wg. die so man breite Zeile 200 Wg. auswärts 30 Wg. außerhalb 40 Wg. Fernbestellungen 10 Wg. Zus. Anträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 38 42
Druck u. Verlag von Viehig & Reichardt in Dresden
Postfach-Ronto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unerwünschte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Röhlers Abrechnung mit seinen Kritikern.

Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. — Zuspitzung der Gegensätze um das Schulgesetz.

Französische „Berständigungs“-Politik.

Beschränkung deutscher Verwaltungshoheit.

Koblenz, 23. Jan. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für das besetzte Gebiet ihre Stellung zur Anwendung des Reichskriminalpolizeigesetzes von 1922 im besetzten Gebiet bekanntgegeben. Dabei werden die Vorschriften und Einschränkungen gemacht, daß aus dem unbesetzten Gebiet keine Polizeibeamten oder Polizeilaganten im besetzten Gebiet Aufträge ohne Mitwirkung von Beamten des besetzten Gebietes und ohne Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden ausführen dürfen. Die zuständigen deutschen Stellen im besetzten Gebiet seien für die Tätigkeit dieser Beamten verantwortlich. Ferner wird verlangt, daß der französische Behörde vorher über die Ankunft und den Auftrag der Beamten Mitteilung gemacht wird.

Diese Verfügung bedeutet einen neuen schweren Eingriff in die deutsche Verwaltungshoheit und verfolgt in erster Linie politische Zwecke. Ihre Durchführung erschwert in härtester Weise die Bekämpfung des Landesverrats und der Fremdenlegionierung, da die Franzosen nunmehr die Möglichkeit haben, Personen, die in ihren Diensten stehen, zu warnen und rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Französischer Handelsneid.

Regierungsprotest gegen eine Auslandskonzession der Gruppe Karanahart — Otto Wolff.

Paris, 23. Januar. Zwischen der Sowjetregierung und der amerikanischen Finanzgruppe Karanahart ist vor etwa zwei Monaten ein Vertrag über eine sehr erhebliche Konzession im Donca-Gebiet geschlossen worden, der die Reorganisation einer Anzahl von Betrieben, u. a. auch der Werke der Eisenbahn in Kariann, den Bau einer Eisenbahnlinie von Kariann-Nicolow und andere Arbeiten zum Gegenstand hat. An der Konzession ist von deutscher Seite auch die Otto-Wolff-Gruppe beteiligt. Wegen Ueberlassung der Konzession, deren Wert auf 50 Millionen Goldmark veranschlagt wird, verpflichteten sich die Konzessionäre ihrerseits für Neuinvestitionen bzw. den Umbau der Betriebe 40 Millionen Dollar aufzunehmen. Der Konzern

Otto Wolff ist gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Interessen der Sowjetregierung innerhalb des Unternehmens betraut worden.

Gelegenheit einer Auftragserteilung in Frankreich, die im Zusammenhang mit der Konzession stand, erhielten die früheren französischen Besitzer der Werke der Mafsew-Werke Kenntnis von dem Unternehmen und der Vorzüge des früheren Verwaltungsrates der Werke, der bekannte französische Industrielle Anagnon, hat die französische Regierung aufgefordert, Protest dagegen einzulegen, daß seitens der Sowjetregierung ohne Einverständnis der früheren Eigentümer über die ehemaligen französischen Werke im Donca-Gebiet verhandelt wird. Die Regierung ist der Aufforderung nachgekommen und hat durch ihre diplomatischen Vertreter in Berlin, Moskau und Washington Vorstellungen erhoben. Als Begründung wird angeführt, daß Rechtskreisläufe mit den französischen Vorkeilsbesitzern der Mafsew-Werke zu befürchten seien. Das Staatsdepartement in Washington hat seinerseits der Karanahart-Gruppe bereits mitgeteilt, daß es eine Kapitalausfuhr zu Zwecken der Ausbeutung der Konzession nicht gestatten würde.

Parade in Mainz — Starke Verkehrshörung

Mainz, 23. Januar. Mit dem Aufmarsch aller ihrer Truppenmacht veranstalteten die Franzosen heute nachmittag ohne ersichtlichen Grund und ohne die Bevölkerung zu benachrichtigen, eine Parade in einer der Hauptverkehrsstraßen, die letzten Verkehr auf dieser wie auch in den angrenzenden Straßen unterband. Wie verlautet, soll eine militärische Feler den Grund für dieses Waffenangebot abgeben haben. Während in den ersten Geschwadern ein Geschwader freies, sogen. Hundelana in endlosen Kolonnen Infanterie, Kavallerie, leichte und schwere Artillerie, Panz, Scheinwerfer und sonstige technische Truppenteile mit Musik und Kolonnen aus dem General vorüber, der inmitten eines großen Offiziersstabes und eskortiert von Panzreitern die Parade abnahm. Auch die abziehenden Truppen riefen noch lange peinliche Verkehrshörungen hervor, unter denen besonders der Postkraftwagen- und Straßenbahnverkehr zu leiden hatten.

Allgemeine Wahlruhe.

Die Welt muß wählen in diesem Jahre. In Deutschland, England, Frankreich, Amerika sehen Wahlen vor der Tür, und überall rührt sich die Linke zu einem mächtigen agitatorischen Vorstoß, um durch die Mehrheit der Stimmzettel zur politischen Macht zu gelangen, mit Ausnahme Amerikas, auf dessen öffentliches Leben die europäischen Begriffe von rechts und links nicht anwendbar sind. Am heftigsten tobt das Fieber der Wahlruhe bei uns in Deutschland, wo ja überhaupt die innere Politik mit größerer Leidenschaftlichkeit betrieben zu werden pflegt als anderwärts. Dieser parteipolitische Krankheitszustand ist bei der Haushaltsdebatte, die sehr unerquickliche Begleiterseinerungen mit sich brachte, in recht depressiver Weise zum Ausdruck gekommen. Es war doch wirklich für sämtliche staatsbegehenden Parteien ein voll acerritelt und geschüttelt Maß von Anlaß gewesen, um sich in die sachlichen Grundlagen des Reichshaushalts für 1928/29 zu vertiefen, der in so ausgesprochener Weise von den beiden großen Schicksalsfragen unersetzliches, Sparmaß und Reparationslasten, beherricht wird. Wo war aber auch nur eine Spur von eingehender Erörterung solcher Fragen zu finden, die mit dem Reichshaushalt mittelbar oder unmittelbar in Zusammenhang stehen? Die Aussprache machte geradezu den Eindruck, als wenn der Reichsfinanzminister Dr. Röhler mit seinen ersten Darlegungen tanzen Ehren gepredigt hätte. Es muß überhaupt als eine parlamentarische Unflotte bezeichnet werden, daß die Etatsberatung zu einer allgemeinen politischen Aussprache benutzt wird. Unter normalen Verhältnissen kommt aber dabei das finanzielle Gebiet doch wenigstens halbwegs zu seinem Recht, während diesmal das Wahlfieber alle sachlichen Erwägungen dermaßen in den Hintergrund drängte, daß die ganze Redeschlacht mit ihrer überall von der 90 prozentigen Unfähigkeit des Wahlkampfes differtierten agitatorischen Heilung wie ein Hofen auf den Charakter einer Finanzdebatte wirken mußte. Erst dem deutschen nationalen Abgeordneten Dr. Quast blieb es vorbehalten, die Debatte auf die Höhe einer wirklich finanziellen Aussprache hinaufzuführen. Am schlimmsten trieb es zweifellos der Zentrumsabgeordnete Guerdard, der ein förmliches Behagen daran fand, den deutschnationalen Koalitionspartner durch offene und verdeckte Angriffe zu reizen. Nicht einmal den seiner eigenen Partei angehörigen Reichskanzler Dr. Marx ließ Herr v. Guerdard in Ruhe, sondern brüskierte ihn durch die geflüsterte Betonung der republikanischen Grundeinstellung des Zentrums, während Dr. Marx kürzlich bei den Verhandlungen über eine Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei erklärt hatte, daß das Zentrum weder monarchisch noch republikanisch orientiert, sondern eine Verfassungspartei sei, welche die Weimarer Verfassung als Richtschnur ihres Handelns anerkenne. Im übrigen ließ der Abgeordnete Guerdard es sich angelegen sein, daß Hülhorn seines Lobes über die Sozialdemokratie auszusprechen, und er ging dabei sogar so weit, die Sozialdemokraten wegen ihrer „konalen“ Opposition im Reichstage als politische Musterknaben hinzustellen und mit ihrer Haltung das Auftreten der aus Deutschland nationaler und Deutscher Volkspartei bestehenden Rechtsopposition im Preussischen Landtage als „abschreckendes Beispiel“ zu vergleichen. Nach solchen Ausdrücken hemmungslosen Wahlleidenschaft darf man sich wirklich nicht wundern, wenn in der deutschnationalen Presse eine gründliche Ueberprüfung der Frage gefordert wird, ob die Deutschnationalen es mit dem Ansehen und der Würde ihrer Fraktion für vereinbar halten könnten, sich derartigen Belastungsproben für ihre Koalitionstendenz aussetzen, wie sie Herr von Guerdard provoziert habe.

Der Gesamteindruck der Aussprache geht dahin, daß sie die Zweifel, ob sich der Reichstag bis zu seinem natürlichen verfassungsmäßigen Ende zusammenhalten lassen wird, verstärkt hat. Dabei erinnert man sich des Kralls von dem demokratischen Führer Dr. Kütz getanen Ausspruchs, daß wir an Ueberparlamentarisierung und Ueberpolitisierung leiden. Herr Dr. Kütz ist gewiß gegen jeden Verdacht „reaktionärer“ Regungen gefeit. Um so überzeugender muß es dann wirken, wenn von solcher Stelle aus das Uebel, an dem unser öffentliches Leben krankt, so klar aufgezeigt wird. Ein hervorsteckendes Kennzeichen der Ueberparlamentarisierung sind die zu kurz bemessenen Gesetzgebungsperioden. Nach der Weimarer Verfassung wird der Reichstag auf vier Jahre gewählt. Da die letzten Wahlen am 7. Dezember 1924 stattgefunden haben, so läuft das Mandat des jetzigen Reichstages erst am 7. Dezember 1928 ab. Trotzdem trägt schon im gegenwärtigen Augenblick, also ein volles Jahr vor dem verfassungsmäßigen Endtermin, das gesamte parlamentarische Leben den scharf ausgeprägten Stempel der Wahlruhe. Tatsache ist also, daß bei der vierjährigen Gesetzgebungsperiode nur eine Frist von drei Jahren zur ruhigen, sachlichen Arbeit gegeben ist. Es wäre daher als ein zweifellos Fortschritt im Sinne einer staatsverhaltenden Demokratie zu begrüßen, wenn eine Revision des Artikels 33 der Weimarer Verfassung nach der Richtung vorgenommen würde, daß die Gesetz-

Die Fortsetzung der Etatsdebatte.

Endlich sachliche Reden.

(Durch unsere Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 23. Januar. Durch die Einschränkung der fraktionslosen Reden und durch eine sehr ruhige und, man darf wohl sagen, geschickte Erklärung des Reichsfinanzministers Röhler bei der Stimmungsfrage des Reichstages zunächst einmal wieder etwas beruhigt, womit nicht gesagt werden soll, daß man etwa alles in „reiner Butter“ sei. Es kam jedenfalls nicht so, daß die Hauptredner der Koalitionsparteien nun zunächst vortreten mußten. Sie blieben im Hintergrund und die „Wilden“ beherrschten zunächst das Plenum nahezu zwei Stunden. Herr Senfert von den Wilden hielt eine sehr warme und brave Rede, allerdings vor leerem Saale. Als dann Frau Wohlke, alias Ruth Fischer, auftrat, kamen schon mehr Zuhörer herein, denn diese sehr temperamentvolle arbeiterliche Rednerin sagte zwar nicht viel Vernünftiges, aber sie laut es auf eine nette und beinahe belustigende demagogische Weise.

Reichsfinanzminister Röhler hält eine sachliche und gewichtige Rede. Offenbar spricht er besser, wenn er gereizt wird. Er weiß sich heute zur Wehr zu setzen und geschickt die Wälle zurückzuwerfen, die man ihm in hinreichender Anzahl an den Kopf geschleudert hat. Und da nun einmal die süddeutsche Ecke am Reden ist, kommt gleich hinterher als zweiter Hauptredner von der württembergischen Sozialdemokratie Herr Keil, der es besonders auf den Staatspräsidenten Herr Seimattland, Herrn Vassile, abgesehen hat. Es folgt die Rede des ostfälischen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quast, der mit der Bemerkung beginnt, er habe nicht die Absicht, nach der forciert württembergischen Rede des Herrn Keil eine ähnlich forcierte sachliche Rede zu halten. Hier läßt es auf die Sache, auf den Haushalt, an und nicht darauf, von allen möglichen Zinzen zu schwärzen, die nichts mit dem deutschen Finanzproblem zu tun hätten. Dr. Quast wendet sich denn auch sofort sachlichen Ausführungen über den Etat zu, wobei er insbesondere die landwirtschaftliche Seite hervorhebt, ohne dabei allerdings in Einseitigkeit zu verfallen.

Erklärungen des Finanzministers.

Berlin, 23. Jan. Bei Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung kündigte Präsident Lobe an, daß für die durch die Subsidien-Affäre hervorgerufenen Kosten ein Nachtragsetat zu erwarten sei.
Dr. Röhler gibt an, daß der Etat allerseits kühl beurteilt werden erfahren habe. Es seien jedoch die Finanzminister der Reichsregierung noch nie gerade mit Anerkennung verhältnißlos worden. Jetzt ist, führte er weiter aus, die uns gemähte Er-

holungspause vorüber, und es beginnt das Normaljahr der Dames-Belastung. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Aufgaben liegt aber noch in den Anfängen, und viele Probleme sind ungelöst. Man könnte fragen, warum sie nicht in Angriff genommen wurden, als Deutschland noch volle Kassen hatte. Aber solche rückwärtigen Betrachtungen haben wenig Wert. Man hat sich, fuhr der Minister fort, wegen meiner pessimistischen Beurteilung der Finanzlage in meiner vorläufigen Einnahme getadelt. Damals haben aber die sozialdemokratischen Finanzfachverständigen die Lage noch dunkler gesehen. Ich befinde mich also in recht guter Gesellschaft. An der verpateten Beratung des Etats trägt nicht die Reichsregierung die Schuld, sondern der Reichstag.

Unter den heutigen Umständen darf nicht ein Etat angesetzt werden, der am Schluß mit großen Ueber-schüssen endet. Wir müssen auch von dem ungelunden System der Nachtragsetats abkommen.

Den Gegenstand berechtigter Kritik hat der außerordentliche Etat gebildet, der auch der Regierung die größte Sorge bereitet. Es ist aber ein Irrtum, daß an die Reichsbahn ein neues Darlehen von 20 Millionen Mark gegeben werden soll. Tatsächlich soll ein in Aussicht gestelltes Darlehen nicht gegeben werden. Ich muß an der Forderung festhalten, daß die außerordentlichen Ausgaben gedeckelt werden müssen.

Trotz der Kritik an den angeblich zu optimistischen Schätzungen der Einnahmen hat leider kaum einer der Kritiker Abstriche bei den Ausgaben verlangt. Im Gegenteil wurden noch Ausgabenforderungen gestellt.

Ein solches Entem ist unmöglich. Wir können nicht einen Defizitetat aufstellen. Ueber die Ausgestaltung des Etats für 1929 sind auch wir in Sorge. In der Frage der Verfassungs- und Verwaltungsreform ist dann der Regierung vorgeordnet worden, die Erarbeitung der Länderkonferenz einen Fortschritt zu sehen, dann befinden wir uns damit in Uebereinstimmung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun. Das kürzlich Drängen Dr. Gremers nach dem Einheitsstaat scheint in seiner eigenen Partei nicht überall geteilt zu werden. Sein Fraktionsvorsitzender Dr. Scholz hat zwei Tage später Ausführungen gemacht, die wesentlich ruhiger klangen. Der Vor-sitzende der Deutschen Volkspartei in Baden hat kürzlich gesagt, der Föderalismus müsse aus wirtschaftlichen Gründen hochgehalten werden. Mit der Verwaltungsreform dürfen wir nicht warten bis das Verhältnis zwischen Reich und Ländern neu geregelt ist. Ich hoffe, daß die von der Länderkonferenz eingesetzten Ausschüsse fruchtbringende Arbeit leisten werden.

(Fortsetzung des Berichts auf Seite 1.)